

Republik in Auflösung: Von der »Großen Koalition« zum 30. Januar 1933

1928

20. Mai: Die Neuwahlen zum Reichstag führen zu einem großen Erfolg für die SPD.

28. Juni: Der SPD-Vorsitzende Hermann Müller bildet eine Regierung der Großen Koalition (SPD, Zentrum, BVP, DVP, DDP) - »ohne Bindung an die Parteien«.

27. Aug.: Außenminister Gustav Stresemann (DVP) bietet Frankreich (Ministerpräsident Poincaré) die gleichzeitige Lösung der Reparationsfrage und der Rheinlandräumung an. Er unterzeichnet in Paris einen »Kriegsäch-tungspakt« (*Briand-Kellogg*¹).

16. Sept.: Die Mächte vereinbaren, dass eine Neuregelung der Reparati-onszahlungen die Voraussetzungen für eine vorzeitige Räumung des Rhein-landes schaffen soll.

22. Okt. Alfred Hugenberg² wird zum Vorsitzenden der DNVP gewählt und leitet einen Radikalisierungskurs ein.

1929

1. Jan.: Die Arbeitslosenzahl steigt auf 2,9 Millionen.

11. Febr.: Der Young-Ausschuss³ zur Regelung der Reparationsfrage tritt in Paris zusammen.

18. Mai: Der Reichstag verabschiedet ein Gesetz zur Unterstützung der Landwirtschaft in Ostpreußen (auf Initiative von RP Hindenburg).

5. Sept.: Der französische Außenminister Briand legt einen Plan zur politi-schen Einigung Europas vor.

9. Sept.: Außenminister Stresemann schlägt im Völkerbund einen europäi-schen Wirtschaftsverbund vor.

11. Sept.: Die DNVP bringt einen Gesetzentwurf gegen den Young-Plan ein (bedroht die Unterzeichner mit langjährigen Zuchthausstrafen).

3. Okt.: Gustav Stresemann stirbt.

25. Okt.: »Schwarzer Freitag«: Zusammenbruch der New Yorker Börse; Auslösung der Weltwirtschaftskrise.

22. Dez.: »Volksentscheid gegen den Young-Plan« (nur 14 % der Stimmbe-rechtigten nehmen daran teil).

1930

1. Jan.: Die Arbeitslosenzahl ist auf 3,2 Millionen gestiegen.

20. Jan.: Die Mächte einigen sich auf einer Konferenz in Haag über den Young-Plan.

7. März: Reichsbankpräsident Schacht tritt aus Protest dagegen von sei-nem Amt zurück.

11. März: Der Reichstag nimmt die Young-Plan-Gesetze durch einfache Mehrheit an.

¹ Der **Briand-Kellogg-Pakt** (auch **Kellogg-Pakt**, **Kellogg-Briand-Pakt** oder *Pariser Vertrag*) ist ein völkerrechtlicher Vertrag zur Ächtung des Krieges, der am 27. August 1928 in Paris von zunächst elf Nationen unterzeichnet wurde und den man nach dem US-Außenminister Frank Billings Kellogg und dem französischen Außenminister Aristide Briand benannte.

² **Alfred Ernst Christian Alexander Hugenberg** (1865-1951), Montan-, Rüstungs- und Medienunternehmer, Politiker (DNVP) und während der ersten Monate nach Hitlers Machtergreifung Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung in dessen erstem Kabinett. Er gilt als bedeutendster bürgerlicher Wegbereiter des Nationalsozialismus. Mit seinem Hugenberg-Konzern, einem Medienkonzern, der die Hälfte der deutschen Presse kontrollierte, trug er mit nationalistischer und antisemitischer Propaganda maßgeblich zum Aufstieg der rechten bzw. rechtsextremistischen Parteien in der Weimarer Republik bei.

³ Der **Young-Plan** (benannt nach **Owen D. Young** [1874-1962], US-amerikanischer Industrieller, Geschäftsmann, Anwalt und Diplomat der zweiten Haager Konferenz [*SRC, Second Reparations Conference*]) war der letzte der Reparationspläne, die die Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reichs auf Grundlage des Versailler Vertrags regelten. Er wurde von einem Gremium internationaler Finanzexperten vom Februar bis Juni 1929 in Paris ausgehandelt, die endgültige Ausformulierung erfolgte auf zwei Regierungskonferenzen im August 1929 und im Januar 1930 in Den Haag. Er trat am 17. Mai 1930 rückwirkend zum 1. September 1929 in Kraft und setzte eine durchschnittliche Annuität von rund zwei Milliarden Reichsmark fest, die zum überwiegenden Teil in Devisen zu zahlen waren. Er sollte bis 1988 gelten, wurde aber bereits im Juni 1931 durch das Hoover-Moratorium ausgesetzt und im Juli 1932 von der Konferenz von Lausanne aufgehoben.

Das Ende der Weimarer Republik (1928-1933)

- 18. März: RP Hindenburg fordert die Reichsregierung zur Unterstützung der Landwirtschaft des Ostens auf.
- 25. März: Verabschiedung eines Republikschutz-Gesetzes.
- 27. März: Rücktritt der Regierung Müller (II): Ursache bildet der Streit um die Erhöhung des Versicherungsbeitrages für die Arbeitslosenversicherung (sog. »0,5%-Krise«).
- 29. März: Der Vorsitzende der Christlichen Gewerkschaften, Heinrich Brüning (Zentrum) wird auf Betreiben des Generals Kurt von Schleicher⁴ zum Reichskanzler ernannt (1. Präsidialkabinett).
- 18. Juli: Der Reichstag nimmt einen Antrag der SPD-Fraktion an, die zwei Tage zuvor erlassenen Notverordnungen zur Behebung der wirtschaftlichen Notstände in Ostdeutschland gemäß der Weimarer Verfassung wieder aufzuheben. Reichskanzler Brüning löst daraufhin den Reichstag auf.
- 14. Sept.: Reichstagswahlen: Die NSDAP (bisher 12 Sitze) erringt 107 Reichstagsmandate und stellt die zweitstärkste Fraktion (nach der SPD).
- 25. Sept.: Hitler bekennt sich anlässlich eines Prozesses gegen zwei hohe Reichswehroffiziere zu einem Kurs der politischen Legalität.

1931

- 1. Jan.: Die Arbeitslosenzahl steigt auf 4,9 Millionen.
- 20. März: Das Reich und Österreich geben ihren Plan zur Vereinbarung einer Zoll-Union bekannt.
- 31. März: Das »Osthilfegesetz« (zur Unterstützung der notleidenden Gebiete des Ostens) wird beschlossen.
- 5. Juni: Die Regierung Brüning beschließt neue, tief einschneidende Notverordnungen.
- 20. Juni: US-Präsident Herbert Hoover regt an, alle internationalen Zahlungsverpflichtungen für ein Jahr ruhen zu lassen.
- 1. Juli: Der Produktionsindex in Deutschland ist auf 60% des Standes von 1929 herabgesunken.
- 13. Juli: Zusammenbruch der *Darmstädter und Nationalbank (Danat-Bank)*.
- 10. Okt.: Hindenburg empfängt erstmals Hitler (zusammen mit Göring).
- 11. Okt.: Deutschnationale, Stahlhelm, Nationalsozialisten und weitere Rechtsradikale schließen sich zur »*Harzburger Front*« zusammen.

1932

- 1. Jan.: Die Arbeitslosenzahl steigt auf 6,2 Millionen.
- 27. Jan.: Hitler spricht vor dem Düsseldorfer Industrieclub.
- 13. März: Erster Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl (Hindenburg, Hitler und Thälmann [KPD] gelangen in die Stichwahl).
- 10. April: Hindenburg wird zum Reichspräsidenten gewählt.
- 13. April: Verbot von SA und SS.
- 20. April: Landtagswahl in Preußen: Die Regierung Braun (*Weimarer Koalition*) verliert ihre Mehrheit, bleibt aber geschäftsführend im Amt).
- 30. Mai: Rücktritt von Reichskanzler Brüning.

⁴ **Kurt Ferdinand Friedrich Hermann von Schleicher** (1882-1934 [ermordet]), deutscher Offizier, zuletzt General der Infanterie, und Politiker. Von Anfang Dezember 1932 bis Ende Januar 1933 amtierte er als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik. Nachdem er im Kaiserreich der preußischen Armee angehört hatte, erreichte Schleicher in der Weimarer Republik eine Schlüsselstellung im Reichswehrministerium, wo er 1929 zum Chef des Ministeramtes ernannt wurde. Als Vertrauensmann des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg war er maßgeblich am Sturz der Regierung Müller im Frühjahr 1930 und an der Installation der beiden Folgekabinette unter Heinrich Brüning (März 1930) und Franz von Papen (Juni 1932) beteiligt. Nachdem er unter Papen als Reichswehrminister amtiert hatte, folgte er diesem im Dezember 1932 als Kanzler nach. Sein Konzept einer Querfrontregierung unter Spaltung der Nationalsozialisten scheiterte rasch. Die von Schleicher daraufhin anvisierte Auflösung des Reichstages ohne Neuwahlen, also einen Staatsstreich, lehnte Hindenburg ab, woraufhin Schleicher am 28. Januar 1933 demissionierte und sich ins Privatleben zurückzog. Am 30. Januar 1933 wurde an seiner Stelle Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Schleicher wurde anderthalb Jahre später im Zuge des sogenannten »*Röhm-Putsches*« erschossen.

Das Ende der Weimarer Republik (1928-1933)

1. Juni: Franz von Papen (Zentrum) wird auf Betreiben von Schleichers zum Reichkanzler ernannt (2. Präsidialkabinett).
4. Juni: Der Reichstag wird aufgelöst.
14. Juni: Das Verbot von SA und SS wird aufgehoben.
9. Juli: Der Vertrag von Lausanne beendet die Reparationszahlungen.
20. Juli: »Preußenschlag«: Das Reich übernimmt kommissarisch die Regierung in Preußen.
31. Juli: Reichstagswahlen: Die NSDAP erringt 230 Mandate (SPD: 133) und wird stärkste Partei.
13. Aug.: Hitler lehnt das ihm angetragene Amt des Vize-Kanzlers unter Papen ab.
12. Sept.: Der Reichstag spricht der Regierung Papen das Misstrauen aus; der Reichstag wird daraufhin aufgelöst.
6. Nov.: Die Reichstagswahlen führen zum Verlust von über 2 Millionen Wählerstimmen für die NSDAP; an der politischen Situation ändert sich aber trotzdem nichts.
1. Dez.: Von Papen schlägt Hindenburg eine unbefristete Vertagung des Reichstages vor; General von Schleicher wirkt stattdessen auf eine Spaltung der NSDAP hin (»Querfront-Theorie«).
2. Dez.: Kurt von Schleicher wird zum neuen Reichkanzler ernannt (3. Präsidialkabinett).
7. Dez.: Gregor Strasser⁵, Schleichers Kandidat für das Amt des Vize-Kanzlers, unterliegt auf einer nationalsozialistischen Führertagung vollkommen gegen Hitler.
11. Dez.: Die Abrüstungskonferenz in Genf gesteht dem Reich militärische Gleichberechtigung zu.

1933

1. Jan.: Die Zahl der Arbeitslosen verringert sich auf 6 Millionen.
4. Jan.: Hitler und Papen begegnen sich im Hause des Kölner Bankiers Schröder.
- 17.-27. Jan.: Verhandlungen über die Bildung einer Reichsregierung (Hitler, von Papen, Oskar von Hindenburg [Sohn des RP]); Hindenburg äußert bis zuletzt Vorbehalte gegen eine Ernennung Hitlers zum Reichkanzler.
23. Jan.: Von Schleicher schlägt Hindenburg ebenfalls eine dauerhafte Vertagung des Reichstages vor. Hindenburg weist das als Versuch eines Staatstreiches zurück.
30. Jan.: Hitler wird zum Reichkanzler ernannt (4. Präsidialkabinett).

Wer nichts weiß,
muss alles glauben!

Marie von Ebner-Zeschenbach

HK 2018/2019



⁵ **Gregor Strasser**, andere Schreibweise auch *Straßer*, (1892-1934 [ermordet]), Politiker (NSDAP). Als nationalistisch gesinnter Kriegsveteran und Paramilitär trat er 1921 in die Partei ein, beteiligte sich aktiv am missglückten Hitlerputsch und stieg bei der Neugründung der Partei 1925 zu einem führenden Politiker der Bewegung auf. Trotz sich früh abzeichnender ideologischer und realpolitischer Differenzen mit Adolf Hitler wurde er von diesem erst zum Reichspropagandaleiter und 1928 zum Reichsorganisationsleiter ernannt. In dieser Position, die der Tätigkeit eines Generalsekretärs gleichkam, erlangte er eine für Hitler bedrohliche Machtposition, die 1932 in der Strasser-Krise mündete. Trotz Strassers freiwilligem Rückzug und der Versicherung, sich politisch nicht mehr betätigen zu wollen, wurde er 1934 im Rahmen des »Röhm-Putsches« der Ausschaltung vermeintlicher oder tatsächlicher Gegenspieler Hitlers ermordet.